



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 5. Oktober 2017
(OR. en)

12945/17

POLGEN 128
POLMAR 30
COMAR 33
AGRI 529
CLIMA 264
ENV 810
PECHE 375
RELEX 832
TRANS 395

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	12088/17
Betr.:	Von der EU auf der Konferenz "Our Ocean" (Malta, 5./6. Oktober 2017) vorgelegte Liste der Selbstverpflichtungen

Die Delegationen erhalten nachstehend die oben genannte Liste der Selbstverpflichtungen, die vom Rat (Allgemeine Angelegenheiten) am 25. September 2017 gebilligt und von der EU auf der Konferenz "Our Ocean" (Malta, 5./6. Oktober 2017) vorgelegt wurde.

Von der Europäischen Union auf der Konferenz "Our Ocean" vorgelegte Liste der Selbstverpflichtungen

(Malta, 5./6. Oktober 2017)

Hintergrund:

Die Europäische Union war Gastgeberin der vierten hochrangigen Konferenz "Our Ocean", die am 5. und 6. Oktober 2017 in Malta stattfand. Im Geiste der vorangegangenen Konferenzen von 2014, 2015 und 2016 sowie des "Oceans Meeting" vom 7./8. September 2017 in Lissabon zum Thema Ozeane und menschliche Gesundheit war es das Ziel der Konferenz, dass Lösungen aufgezeigt und Selbstverpflichtungen auf Maßnahmen eingegangen werden, damit einige der größten Herausforderungen im Zusammenhang mit den Ozeanen gemeistert werden können: Meeresschutz, Meeresverschmutzung, Auswirkungen des Klimawandels und nachhaltige Fischerei. In diesem Jahr hat die EU zudem zwei neue Themen hinzugefügt: blaue Wirtschaft und maritime Sicherheit.

Selbstverpflichtungen:

Meeresschutz

1. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie 1,5 Mio. EUR in die Analyse der Ökosysteme des Mittelatlantischen Rückens und des Rio Grande Rise und der dort vorhandenen Wirtschaftstätigkeit investieren wird, um die Festlegung einer kohärenten Reihe von Gebieten von besonderem ökologischem Interesse zu unterstützen.
2. Die EU hat ferner angekündigt, dass sie 20 Mio. EUR für die Unterstützung der Verwaltung von Meeresschutzgebieten in afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern durch BIOPAMA II (Programm für Biodiversität und die Verwaltung von Schutzgebiete) bereitstellen wird.
3. Die EU hat ihre Absicht bekundet, die Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer bei der Festlegung eines Gebiets mit Fangbeschränkungen mit einer Fläche von mindestens 2 700 km² für den Schutz von Grundfischarten in dem als wesentliches Jungfisch- und Laichgebiet für eine Reihe von Meerestieren anerkannten Lebensraum außerhalb der Hoheitsgewässer Italiens und Kroatiens im Jabuka/Pomo Pit-Gebiet des Adriatischen Meers zu unterstützen. Der Beschluss über die Schaffung des Jabuka/Pomo Pit-Gebiets mit Fangbeschränkungen steht auf der Jahrestagung der Allgemeinen Kommission für die Fischerei im Mittelmeer (GFCM) vom 16. bis 19. Oktober 2017 an.
4. Die EU und Deutschland haben angekündigt, dass sie die Einrichtung einer sektorübergreifenden und grenzübergreifenden Multi-Stakeholder-Plattform für die regionale Meerespolitik bis zum Jahr 2020 unterstützen werden. Diese Plattform wird im Rahmen der Partnerschaft für regionale Meerespolitik (PROG) entwickelt, die im Jahr 2015 durch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), das Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), das Institut für nachhaltige Entwicklung und internationale Beziehungen (Institut du Développement Durable et des Relations Internationales – IDDRI) und den Think Tank for Sustainability (TMG) ins Leben gerufen wurde. Die Entwicklung der Plattform wurde von Deutschland als freiwillige Selbstverpflichtung anlässlich der Ozean-Konferenz der Vereinten Nationen zur Umsetzung des Ziels für nachhaltige Entwicklung Nr. 14 (5./9. Juni 2017) angekündigt. Das PROG-Forum wird neue Erkenntnisse über die integrierte Meerespolitik auf drei verschiedenen Ebenen bereitstellen: 1. innerhalb von Regionen; 2. zwischen Regionen; und 3. zwischen der regionalen und der globalen Ebene. Aufbauend auf einem kooperativen Verfahren mit internationalen Partnern im Jahr 2018 werden Deutschland und die EU die erste Sitzung im Jahr 2019 veranstalten.

Meeresverschmutzung

5. Die Europäische Union hat als Teil ihrer anstehenden Plastik-Strategie die Vorlage von Entwürfen von Maßnahmen zur Reduzierung des Einbringens von Plastik in die Umwelt bis Ende 2017 angekündigt.
6. Die Europäische Union hat die Vorlage von Entwürfen von Maßnahmen zur Verringerung des Einbringens von Schiffsabfällen und Ladungsrückständen auf See im Jahr 2017 angekündigt.
7. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie im Jahr 2017 einen Beitrag in Höhe von 2 Mio. EUR zur Unterstützung der Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie durch die Mitgliedstaaten leisten wird. Ziel des Unionsrechts ist es, einen guten Umweltzustand der Gewässer der Mitgliedstaaten der EU bis 2020 zu erreichen und die Ressourcengrundlage zu schützen, wovon die wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeiten im maritimen Bereich abhängen.
8. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie nahezu 2,3 Mio. EUR investieren wird, um die regionale und interregionale Zusammenarbeit zur Verwirklichung eines guten Umweltzustands der Gewässer der Mitgliedstaaten der EU zu unterstützen.
9. Sie hat den Start von WISE-Meer angekündigt, einem Portal für Informationen zu europäischen Fragen bezüglich Wasser für die breite Öffentlichkeit und Interessenträger, das der Förderung einer besseren Meerespolitik und ökosystembasierten Bewirtschaftung dienen soll. Die Plattform wird erweitert und in den kommenden Jahren weiter integriert.
10. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie 2,85 Mio. EUR für Projekte zur Prävention und Vorsorge im Bereich der Meeresverschmutzung sowie 2,5 Mio. EUR für Übungen für den Fall der Verschmutzung der Meeresumwelt bereitstellen wird, um die grenzüberschreitenden Kooperationsbemühungen zwischen EU-Mitgliedstaaten und mit ausgewählten Ländern in der Nachbarschaft der EU zu unterstützen und zu ergänzen.

"Nachhaltigkeit im Fischereisektor"

11. Die EU hat 15 Mio. EUR bereitgestellt für die Verbesserung der Verwaltung der regionalen Fischerei im westlichen Afrika mit dem Ziel, eine regionale Fischereipolitik zu entwickeln, eine regionale Zusammenarbeit gegen illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei (IUU-Fischerei) aufzubauen und die Verwaltung der Fischbestände auf regionaler Ebene (Programm PESCAO) zu verbessern.

12. Als Folgemaßnahme zur Medfish4Ever-Erklärung, einer 10-jährigen Verpflichtung zur Rettung der Fischbestände im Mittelmeer und zum Schutz des ökologischen Reichtums und des wirtschaftlichen Wohlstands der Region, die am 30. März 2017 unterzeichnet wurde, hat die EU angekündigt, dass sie 2017 einen Betrag von 5,7 Mio. EUR bereitstellen wird, um die Arbeit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Allgemeinen Kommission für die Fischerei im Mittelmeer (GFCM) bei der Verbesserung der Nachhaltigkeit der Fischereiressourcen im Mittelmeer zu unterstützen.
13. Die Europäische Union setzt sich dafür ein, auf der 11. WTO-Ministerkonferenz, die im Dezember 2017 in Buenos Aires stattfinden soll, ein multilaterales Übereinkommen über Subventionen für den Fischereisektor zu Wege zu bringen. Dazu hat die EU im Juli 2017 bei der Welthandelsorganisation einen überarbeiteten Vorschlag zum Verbot bestimmter Formen von Subventionen für den Fischereisektor, die zu Überkapazitäten und Überfischung beitragen, zur Abschaffung von Beihilfen, die zu illegaler, nicht gemeldeter und unregulierter Fischerei beitragen, und zur Unterbindung der Einführung neuer Subventionen dieser Art vorgelegt. Der Vorschlag zur Umsetzung des Ziels für nachhaltige Entwicklung Nr. 14.6 enthält auch Bestimmungen über eine verbesserte Transparenz und Leitlinien über die besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder. Die EU wird außerdem weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun, um dieses Übereinkommen voranzubringen und es während der Phasen der Aushandlung und Umsetzung mitzutragen.
14. Die Europäische Union hat angekündigt, dass die neuen Vorschriften voraussichtlich bis Ende 2017 in Kraft treten, damit die Außenflotte besser und nachhaltiger verwaltet wird. Die neuen Vorschriften werden es der Europäischen Union erlauben, ihre Flotte besser zu überwachen und zu kontrollieren und die Probleme des Umflaggens und Charterns wirksam anzugehen, wodurch die Bemühungen zur Bekämpfung der IUU-Fischerei intensiviert werden.
15. Die Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei) ist eine Priorität für die Europäische Union. Aus diesem Grund hat die EU angekündigt, dass sie im Jahr 2017 einen Beitrag von mindestens 1 Mio. EUR zum globalen Programm der FAO leisten wird, um die Umsetzung des überaus wichtigen Übereinkommens über Hafenstaatmaßnahmen zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei zu unterstützen. Das Programm sieht politische, rechtliche und technische Hilfe und den Aufbau von Kapazitäten zur Stärkung der Durchsetzung des Abkommens vor. Darüber hinaus hat die EU angekündigt, dass sie Gastgeberin der internationalen Konferenz zur Bewertung und Überprüfung des Übereinkommens über Hafenstaatmaßnahmen im Jahr 2020 sein wird. Schließlich hat die EU angekündigt, dass sie im Jahr 2017 einen Beitrag in Höhe von 225 000 EUR zur FAO zugunsten der Entwicklung eines globalen Registers zur weltweiten Registrierung von Fischereifahrzeugen, Kühltransportschiffen und Versorgungsschiffen leisten wird.

Klimawandel

16. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie gemeinsam mit der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) ein Klimaschutzprojekt mit einem Umfang von 10 Mio. EUR im Schiffsverkehrssektor lancieren wird. Ziel des Projekts ist es, fünf Zentren für die Zusammenarbeit im Bereich der Meerestechnologie (Maritime Technology Cooperation Centres – MTCC) in den Zielregionen – Afrika, Asien, Karibik, Lateinamerika und pazifischer Raum – einzurichten, und zwar ein Zentrum in jeder Region, wodurch ein weltweites Netz entsteht. Dieses Netz soll die Entwicklungsländer in diesen Regionen in die Lage versetzen, Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im Seeverkehr zu entwickeln.
17. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie 1,5 Mio. EUR für die Verringerung der Rußemissionen in der Arktis bereitstellen wird. Mit diesem Projekt soll die internationale Zusammenarbeit zum Schutz der Umwelt in der Arktis verstärkt werden.
18. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie in den nächsten zwei Jahren einen Beitrag in Höhe von 600 000 EUR zu einem integrierten Projekt in der Arktis mit Schwerpunkt auf drei prioritären Bereichen der EU-Politik für die Arktis leisten wird: Klimawandel und Schutz der arktischen Umwelt; nachhaltige Entwicklung in der Arktis und den umliegenden Gebieten; internationale Zusammenarbeit in Fragen, die die Arktis betreffen.

Nachhaltige blaue Wirtschaft

19. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie in den Jahren 2017 und 2018 23 Mio. EUR in den Dienst zur Überwachung der Meeresumwelt ihres satellitengestützten Überwachungsprogramms (Copernicus) investieren wird. Schwerpunkte dieses Dienstes sind Klimawandel, Fischerei und Meeresschutz. Ferner wurde angekündigt, dass Copernicus zum ersten Mal Indikatoren zur Überwachung der Ozeane, einschließlich biochemischer Indikatoren, erstellen wird. Diese Indikatoren geben Aufschluss über den Gesundheitszustand der Ozeane und werden in dem Bericht über den Zustand der Weltmeere veröffentlicht, der Ende 2018 online zur Verfügung stehen wird.
20. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie in 2017 die Probephase der Inbetriebnahme der ersten Wellen- und Gezeitenenergieanlage in Europa finanzieren wird, indem sie die für die Umweltüberwachung zuständigen Verwaltungen und Projektträger mit einem Beitrag in Höhe von 1,5 Mio. EUR unterstützt.
21. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie 3 Mio. EUR bereitstellen wird, um Projekte in den EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen, die der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der maritimen Raumplanung dienen. Mit der grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden maritimen Raumplanung soll sichergestellt werden, dass menschlichen Aktivitäten auf See auf eine effiziente, sichere und nachhaltige Weise durchgeführt werden.

22. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie 2017 mehr als 250 Mio. EUR für marine und maritime Forschung zur Verfügung stellen wird. In diesem Betrag enthalten sind 40 Mio. EUR zur Unterstützung von emissionsarmen und fortschrittlichen Lösungen für den Schiffsverkehr und über 30 Mio. EUR für Meeresenergie. Darüber hinaus hat die EU angekündigt, dass sie zwei innovative Projekte mit Reinigungsmaßnahmen mit einem Betrag in Höhe von 12 Mio. EUR unterstützen wird, um der Verschmutzung der Meere durch Abfälle und andere Schadstoffe entgegenzuwirken. Außerdem hat die Europäische Union angekündigt, dass sie die BlueMED-Initiative und damit die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung zugunsten eines gesunden, produktiven und widerstandsfähigen Mittelmeers mit mehr als 50 Mio. EUR unterstützen wird.
23. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie beabsichtigt, das Pilotprojekt "Blue Science Cloud" weiterzuentwickeln, das auf eine Modernisierung des Zugangs zu Meeresdaten und von deren Verwaltung und Nutzung abstellt, mit dem Ziel, die Verarbeitung großer Mengen mariner und maritimer Daten durch den Einsatz von Cloud-Technologien zu verbessern. Außerdem soll mit der Blue Cloud die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern in der EU und ihren internationalen Partnern weiter gefördert werden. Cloudtechnologien können die weltweite und regionale Überwachung der Weltmeere und entsprechende Prognosen verbessern, wie dies im Rahmen der G7-Initiative zur Zukunft der Meere und Ozeane und als Teil der weltweiten Bemühungen zur Schaffung eines besseren Globalen Überwachungssystem für Erdbeobachtungssysteme (GEOSS) gefördert wird.
24. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie einen Beitrag in Höhe von mindestens 1 Mio. EUR zur Unterstützung des weltweiten Fischereiprogramms PROFISH der Weltbank leisten wird. Ziel des Programms ist es, die ökologische Nachhaltigkeit, das menschliche Wohlergehen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der Fischerei und Aquakultur weltweit zu verbessern, wobei ein Schwerpunkt auf dem Wohlergehen der in der Fischerei und in der Fischzucht tätigen Armen in den Entwicklungsländern liegt.
25. Die Europäische Union hat den Start des mit 45 Mio. EUR dotierten Meerespartnerschaftsprogramms Pazifischer Ozean-Europäische Union (PEUMP) angekündigt. Schweden hat angekündigt, dass es einen Beitrag in Höhe von 10 Mio. EUR zu dem Programm leisten wird. Zweck des Programms ist es, die nachhaltige Bewirtschaftung und Entwicklung der Fischereien im Hinblick auf Ernährungssicherheit und Wirtschaftswachstum zu fördern und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel und die Erhaltung der biologischen Vielfalt der Meere zu behandeln.
26. Die EU hat angekündigt, dass sie ihre Arbeit im transatlantischen Bündnis zur Erforschung des Atlantiks weiter intensivieren wird, indem sie verbesserte Kooperationsrahmen mit atlantischen Partnern, wie Brasilien und Südafrika, die im Bereich der marinen Wissenschaft, Forschung und Innovation im Rahmen der Erklärung von Belém ins Leben gerufen wurden, voranbringen wird. Um dies zu erreichen, wird sie im Zeitraum 2018-2019 Mittel in Höhe von mehr als 60 Mio. EUR zuweisen. Die EU wird auch weiterhin gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Kanada die Erklärung von Galway über Ozeanforschungszusammenarbeit umsetzen. Die Europäische Union hat berichtet, dass sich ab dem Jahr 2019 mehr als 500 Forschungsteams in internationalen Konsortien mit den Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit dem Atlantischen Ozean stellen, befassen werden.

27. Die EU stellt 8,5 Mio. EUR für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in den Meeres- und Küstengebieten des Karibischen Beckens bereit, um den Gemeinschaften zu helfen, die von diesen Ökosystemen abhängen. Diese Maßnahme zielt insbesondere auf Naturgebiete ab, die durch Missbrauch, Raubbau, Verschmutzung und die Auswirkungen des Klimawandels bedroht sind.
28. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie 2017 eine Investitionsinitiative mit einem Umfang von 14,5 Mio. EUR zur Förderung einer nachhaltigen blauen Wirtschaft in der Europäischen Union auf den Weg bringen wird. Davon werden etwa 8 Mio. EUR in Form von Zuschüssen in der Anlaufphase für vielversprechende Projekte in neu entstehenden Sektoren der blauen Wirtschaft in der ganzen EU vergeben. Um eine bessere Überwachung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Abfälle zu ermöglichen, werden weitere 2 Mio. EUR in die Unterstützung innovativer Technologien zur Überwachung und/oder Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Abfälle in den Gewässern vor den Küsten der Europäischen Union fließen. Darüber hinaus werden 3 Mio. EUR zur Förderung von Partnerschaftsprojekten im Mittelmeerbecken eingesetzt, wie etwa zwischen Instituten für die Aus- und Weiterbildung von Seeleuten, in der blauen Wirtschaft tätigen Unternehmen und lokalen Fischereigemeinschaften. 1,5 Mio. EUR schließlich sollen für die Wiederherstellung der Ökosysteme in den Meeres- und Küstengebieten im Mittelmeerraum eingesetzt werden.
29. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie sich verpflichtet, die partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei mit Küstenstaaten weiter voranzubringen. Diese Abkommen helfen den Ländern bereits, nachhaltige Fischereien zu entwickeln, die Überwachungs- und Kontrollsysteme wirksam einzusetzen und gegen die IUU-Fischerei vorzugehen. Für die neue Generation von Abkommen ist ein stärker integrierter Ansatz vorgesehen, wozu die Förderung einer nachhaltigen blauen Wirtschaft sowie mehr Investitionen im Fischereisektor zählen. Dieser neue Ansatz soll die Partnerländern in die Lage versetzen, die Meereswirtschaft auf nachhaltige Weise wirtschaftlich stärker zu nutzen.
30. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie im Jahr 2017 5,9 Mio. EUR bereitstellen wird, um Projekte in den EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen, die der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der maritimen Raumplanung dienen. Mit der grenzüberschreitenden und sektorübergreifenden maritimen Raumplanung soll sichergestellt werden, dass menschliche Aktivitäten auf See auf eine effiziente, sichere und nachhaltige Weise durchgeführt werden.

31. Die Union hat sich am 24. März 2017 verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Zwischenstaatlichen Ozeanografiekommission der UNESCO (IOC-UNESCO) an einer Beschleunigung der Verfahren für weltweite maritime Raumplanung zu arbeiten. Mit der grenzüberschreitenden und sektorenübergreifenden maritimen Raumplanung soll sichergestellt werden, dass menschliche Aktivitäten auf See auf eine effiziente, sichere und nachhaltige Weise durchgeführt werden. Die EU wird der IOC-UNESCO auf der Grundlage des gemeinsamen Fahrplans einen Zuschuss in Höhe von 1,4 Mio. EUR gewähren, damit internationale Leitlinien für die maritime Raumplanung ausgearbeitet werden können. Beginn 2018 werden als Teil dieses Vorhabens zwei Pilotprojekte im Bereich der maritimen Raumplanung lanciert: das eine im Mittelmeer, das andere im südlichen Pazifik. Darüber hinaus wird ein internationales Forum für maritime Raumplanung eingerichtet, um Diskussionen darüber, wie die maritime Raumplanung, einschließlich sektorenübergreifender Maßnahmen, weltweit eingesetzt werden sollte, zu erleichtern. Der erste Workshop wird im Frühjahr 2018 stattfinden.

Maritime Sicherheit

32. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie 2017 einen Betrag von 4 Mio. EUR in ihr Satellitenüberwachungsprogramm (Copernicus) investieren wird, um die Ämter und Agenturen der EU und die EU-Mitgliedstaaten bei der Überwachung der Ölverschmutzung und der industriemäßigen Handelsfischerei (einschließlich der Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei) im Nordwestatlantik, im Mittelmeer, in der Ost- und Nordsee, im Schwarzen Meer, im Pazifik und in den Gewässern um die Kanarischen Inseln zu unterstützen. Mit Copernicus werden auch neue Dienste zur Unterstützung der Strafverfolgung und der Sicherheit des Schiffsverkehrs in eisanfälligen Gebieten eingeführt werden.
33. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie 2017 Mittel in Höhe von 1 Mio. EUR bereitstellen wird, um die IKT-Systeme der Seebehörden der EU zu modernisieren und die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu erleichtern. Außerdem will sie einen Beitrag in Höhe von 80 000 EUR zur Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Küstenwache in Europa leisten.
34. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie sich weiterhin für die maritime Sicherheit im Golf von Guinea einsetzen wird, unter anderem über das interregionale Netzwerk für den Golf von Guinea (GoGIN – Gulf of Guinea Inter-Regional Network) und durch die Einführung von zwei neuen Programmen: des mit 29 Mio. EUR ausgestatteten Programms zur Unterstützung der integrierten maritimen Sicherheit in Westafrika (SWAIMS – Support to West Africa Integrated Maritime Security) und des Programms zur Verbesserung der Sicherheit von Häfen in West- und Zentralafrika, für das 8,5 Mio. EUR bereitgestellt werden.

35. Für die Gewährleistung der Sicherheit im Seeverkehr und die Bekämpfung der Seeräuberei entlang der südostafrikanischen Küste und im Indischen Ozean hat die EU 37,5 Mio. EUR zugesagt. Die Verwendung der Mittel erfolgt über vier regionale Organisationen (die Zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde (IGAD), den Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA), die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) und die Kommission für den Indischen Ozean (IOC)) in Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung UNODC, Interpol und der FAO. Das Programm unterstützt Initiativen für alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung in den Pirateriegebieten an der Küste Somalias, Ermittlungskapazitäten auf nationaler und regionaler Ebene, die Reform des Strafvollzugs, Kapazitäten in Strafverfolgung und Justiz, die Unterbrechung illegaler Finanzströme, die Bekämpfung der Geldwäsche und verschiedene andere Aufgaben im Bereich des Seeverkehrs, zusätzlich zu einem regionalen Mechanismus für die Koordinierung und den Austausch von Informationen zur Sicherheit des Seeverkehrs.
36. Die Europäische Union hat angekündigt, dass im September 2017 der Prototyp eines Überwachungsinstruments in Betrieb genommen werden soll, das Schiffe entdeckt, um das Ausmaß der menschlichen Tätigkeiten auf See zu ermitteln. Das "Instrument für die Suche nach unidentifizierten maritimen Objekten", kurz SUMO (Search for Unidentified Maritime Objects), ist eine Software zur automatischen Auswertung der Bilddaten von Radarsatelliten, mit der Schiffe von nur einem Meter Länge selbst bei Bewölkung und bei Nacht entdeckt werden können. Bei SUMO handelt es sich um eine quelloffene Software, um die Verwendung durch Nutzer und Entwickler zu fördern und die internationale Zusammenarbeit bei der Aufzeichnung von Schiffsrouten, der Überwachung der Intensität des Schiffsverkehrs, der Ermittlung umweltverschmutzender Schiffe, der Überwachung der Fischereitätigkeiten, der Bekämpfung von Seeräuberei und Schmuggel sowie der Kontrolle der Seegrenzen zu erleichtern.
-